

UMWELT

Geld für das

Beim EU-Gipfel in Brüssel und bei der Weltklimakonferenz in Kopenhagen ging es um mehr Klimasensibilität und einen gerechteren Beitrag der Industrienationen.



Fotolia

Spanien und die Niederlande mit 100 Millionen brachten ebenfalls große Summen auf. Österreich wird nach den Worten von Bundeskanzler Werner Faymann 40 Millionen pro Jahr, insgesamt 120 Millionen Euro, zahlen.

Diese internationale Image-Reparatur war notwendig. Denn immerhin erhielt Österreich in Kopenhagen die wenig schmeichelhafte Auszeichnung „Fossil des Tages“ zu sein, verliehen vom „Climate Action Network“, einem Zusammenschluss von rund 500 NGOs weltweit. Österreich teilt sich den Titel mit Schweden und Finnland. Der Grund: Die drei Länder wollen sich die sinkende CO₂-Speicherkapazität ihrer Wälder nicht anrechnen lassen.

Österreich hat laut Berechnungen von Global 2000 zwischen 1900 und 2005 im Vergleich zum einwohnermäßig etwa gleich großen Benin in Afrika die rund 130-fache Menge an Kohlendioxid in der Atmosphäre deponiert. Mehr als elf Tonnen

Klimaschutz ist dem Bundeskanzler ein Anliegen: Werner Faymann hat in Brüssel 120 Millionen Euro aus Österreich zugesagt.

Mehr als 100 Staats- und Regierungschefs der Erde wurden bei der UN-Konferenz in Kopenhagen erwartet, um in Sachen Klimaschutz Entscheidendes voranzubringen und die Quadratur des Kreises zu finden: allen Nationen der Erde Selbstbeschränkung aufzuerlegen und einen Ausgleich zwischen den reichen und den armen Ländern zu schaffen. Der Versuch ist nicht ganz neu: Auf dem Papier einigte man sich bereits 1992 in Rio de Janeiro und 1997 in Kyoto auf eine Reduzierung der CO₂-Emissionen. Die Umsetzung der Vereinbarungen wurde allerdings weltweit verfehlt.

EU setzt Maßstäbe

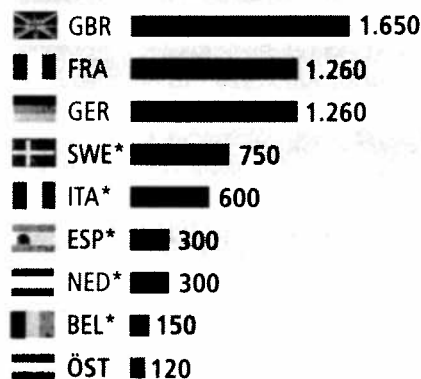
Die Europäische Union hat mit ihrem Beschluss beim Gipfel Anfang Dezember in Brüssel, den Entwicklungsländern für Sofortmaßnahmen zum Klimaschutz ab dem

Jahr 2010 pro Jahr 2,4 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, eine Lanze gebrochen. Insgesamt würden damit bis 2012 rund 7,2 Milliarden Euro aufgebracht, was genau einem Drittel jener „Anschubfinanzierung“ entspricht, die die UNO nach dem Kyoto-Protokoll als Referenzzahl für eine erfolgreiche Bekämpfung der Erderwärmung vorgegeben hatte. „Die vereinbarten 7,2 Milliarden Euro Anschubfinanzierung der EU für Klimaprojekte in Entwicklungsländern muss nicht das letzte Wort sein. Das Angebot ist die Basis“, stellte Bundeskanzler Werner Faymann nach dem EU-Gipfel zusätzliche Gelder in Aussicht. Die Einigung war möglich geworden, weil Deutschland, Frankreich und Großbritannien sich bereit erklärten, den Löwenanteil zu übernehmen und jeweils 420 Millionen pro Jahr aufzubringen. Premier Gordon Brown schloss sogar eine weitere Erhöhung nicht aus. Schweden mit mehr als 200 Millionen Euro,

EU-Klima-Hilfe für Entwicklungsländer

EU Gesamt	7,2 Mrd. Euro
2010-2012	2,4 Mrd. / Jahr

Innerhalb von 3 Jahren in Mio. Euro (Länderauswahl)



*Kolportierte Werte

Quelle: APA/EU-Kommission

Graphik: SPÖ

Mit den insgesamt zugesagten 7,2 Milliarden Euro für den Klimaschutz in Entwicklungsländern setzen die EU-Staaten ein wichtiges Zeichen.

Weltklima

Treibhausgase werden pro Kopf in der Alpenrepublik in die Luft geblasen, womit wir etwa gleichauf mit Deutschland liegen, aber noch vor Großbritannien, Japan, dem EU-Durchschnitt und der Schweiz. Die Emissionen Österreichs sind stetig gestiegen.

Zeit zu handeln

Grundsätzlich hat Österreich beste Voraussetzungen, den Ruf als Umweltvorreiter zurückzugewinnen. Das Land hat Wasserkraft, ist wohlhabend, kann in Energieeffizienz investieren, in öffentliche Verkehrssysteme, in grüne Technologie – in die Zukunft also.

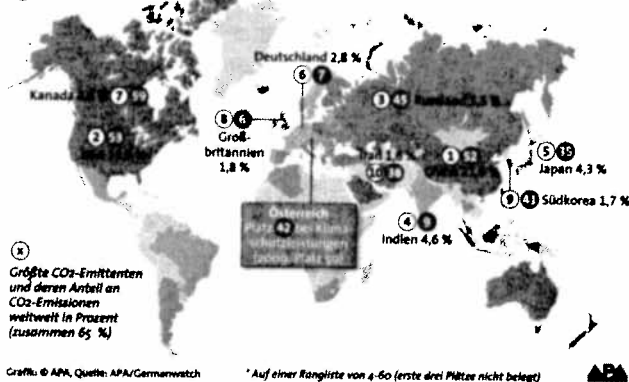
Ein Stein des internationalen Anstoßes ist allerdings die von Österreich geübte Praxis des Emissionsabhandels. 531 Millionen Euro wurden bislang

Größte Klimasünder weltweit

Bewertung 2010 von Klimaschutzleistungen (Emissionsniveau, Trend und Klimapolitik) der 57 Staaten, die für 90 % des weltweiten energiebedingten CO₂-Ausstoßes verantwortlich sind

■ Sehr gut (derzeit kein Land) ■ Gut ■ Mäßig ■ Schlecht ■ Sehr schlecht

① Platzierung*



Österreich steht derzeit in Sachen Klimaschutz nicht besonders gut da – allerdings hat es sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich von Platz 50 auf Platz 42 von 57 Staaten verbessert.

Hause für eine kluge Klimapolitik zu verwenden und ein Vielfaches an privaten Folgeinvestitionen auszulösen. Bundeskanzler Werner Faymann sagt dazu sehr deutlich: „Es ist keine Dauerlösung, dass man sich CO₂-Zertifikate im Ausland kauft, wenn man die Senkung der Emissionen selbst nicht erreicht.“ Und SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr stellt klar: „Was wir brauchen, sind effektive Maßnahmen der Energie- und Klimapolitik zur CO₂-Reduktion im Inland. Durch den Kauf von Zertifikaten spart Österreich kein CO₂ ein.“

Österreich braucht ein Klimaschutzgesetz mit klaren und überprüfbaren Zielen. „Ein österreichisches Bundesklima-

ausgegeben, um Verschmutzungsrechte im Ausland zu kaufen, anstatt das Geld zu

schutzgesetz mit klaren und überprüfbaren Zielen. „Ein österreichisches Bundesklima-

INTERVIEW

„Nicht eine Not gegen die andere ausspielen“

SPÖ-Sprecherin für Umwelt und Globale Entwicklung, Petra Bayr im Gespräch mit SPÖ Aktuell zu Österreichs Klimapolitik.

SPÖ Aktuell: Die EU will 7,2 Milliarden Euro für den Klimaschutz in Entwicklungsländern bereitstellen. Wird das was bringen?

Petra Bayr: Klimaschutz funktioniert nur weltweit und solidarisch. Es ist wichtig, dass wir jetzt Geld für den Klimaschutz in die Hand nehmen, anstatt später für den Umgang mit den Auswirkungen des Klimawandels wesentlich teurer zu bezahlen. Dass Bundeskanzler Werner Faymann im Rahmen des EU-Gipfels einen Beitrag Österreichs von 120 Millionen Euro für den Klimaschutz in Entwicklungsländern zugesagt hat und dies zusätzlich zur Entwicklungsfinanzierung, ist sehr zu begrüßen. Wichtig ist, auch im Zusammenhang mit den EU-Milliarden für die Soforthilfe, dass die Mittel zur Bekämpfung von Armut und Hunger nicht gekürzt werden – wir können und dürfen nicht eine Not gegen die



Petra Bayr

andere ausspielen, das wäre blanker Zynismus.

Österreich hat die Punzierung eines Kyoto-Sünders abbekommen. Wird es in absehbarer Zeit ein neues Klimaschutzgesetz in Österreich geben?

Bayr: Österreichs Klimapolitik braucht endlich klar definierte Maßnahmen, Zeitpläne und Finanzierungsmechanismen – in

Form eines umfassenden Klimaschutzgesetzes. Während der Umweltminister nach wie vor an einem Klimaschutzgesetz bastelt, könnte diese Zeit bereits genutzt werden, um mit den Ländern klare Zuständigkeiten zu vereinbaren und so die politische Durchsetzbarkeit zu erhöhen. Auch wäre es besser, Maßnahmen, die im Inland Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Reduktion der Treibhausgase bringen, umzusetzen. Etwa die Abarbeitung der zahlreichen An-

träge im Bereich betrieblicher Umweltförderung, gesetzliche Quoten für Mehrwegflaschen im Abfallwirtschaftsgesetz und Reduzierung der Ausnahmen beim Emissionsschutzgesetz.

Sie haben gemeinsam mit Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter ein Modell zur thermischen Sanierung vorgeschlagen ...

Bayr: Wir regen ein neues Fördermodell für die thermische Sanierung an, das besonders den Ärmsten zugute kommen soll. Denn gerade finanzschwache Familien sitzen in den Wohnungen mit alten Kohleheizungen, dünnen Wänden und undichten Fenstern. Ein Kreditmodell würde es nicht nur erlauben, die Betriebskosten ärmerer Familien zu senken und deren Lebensqualität beträchtlich zu steigern, sondern würde auch die Wirtschaft weiter ankurbeln und die Treibhausgase in Österreich selbst senken, anstatt anderswo „heiße Luft“ einzukaufen. ♦

schutzgesetz muss klar definierte Maßnahmen, Zeitpläne, Verbindlichkeiten und Finanzierungsmechanismen beinhalten“, fordert Bayr. Notwendig sei eine „Rückbesinnung auf eine starke, eigenständige Umweltpolitik, die aus der Geiselhaft der Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik befreit werden muss“. Bayr resümiert: „Pröll und Berlakovich haben viel Zeit zum Verhandeln gehabt und nicht genutzt. Österreich braucht ein solches Gesetz seit Jahren – es hätte wirken und helfen können, die Kyoto-Ziele zu erreichen.“ Die Österreicherinnen und Österreicher sehen das ähnlich. Laut einer market-Umfrage antworten 45 Prozent auf die Frage; welche Partei am ehesten dafür verantwortlich ist, dass Österreich zu wenig für den Klimaschutz tut: ÖVP. Nur 12

Prozent sehen hier die Verantwortung für politisches Versagen bei der SPÖ.

Sanierung von Gebäuden hat größtes Potential

Das größte Potenzial für Einsparungen im CO₂-Emissionsbereich sehen Experten in der Sanierung von Gebäuden. Durch Verbesserung des Wärmeschutzes von Altbauten ließe sich die aus dem Heizenergieverbrauch resultierende CO₂-Belastung je nach Objekt um 50 bis 90 Prozent reduzieren. Hier wollen Petra Bayr und SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter mit einem neuen Modell zur Förderung der thermischen Sanierung von Ein- und Mehrfamilienhäusern und Wohnungen anset-

zen. Hintergrund ist, dass die Förderungen im Konjunkturpaket II besonders die oberen Einkommen unterstützen. „Niedrigere Einkommen haben von dem Prämienmodell nicht profitiert, da die Anfangsinvestitionen gar nicht getätigt werden können“, kritisiert Matznetter und führt aus: „Wir fordern daher zinsfreie Kredite, für die die öffentliche Hand haftet und die von allen in Anspruch genommen werden können, und zwar rasch und unbürokratisch.“

Die „größte Klimaschutzmaßnahme Österreichs“ lokalisiert Bayr allerdings in den Investitionen im Ausmaß von 14 Milliarden Euro für den Ausbau der Schiene. „Das ist eine Klimapolitik, die über die Legislaturperiode hinaus denkt – genau das brauchen wir.“ ♦

INTERVIEW

„Umweltfreundlich und mobil“

Infrastrukturministerin Doris Bures zu Ökologisierung der Lkw-Maut und Rekordinvestitionen in die Schiene, dem derzeit größten Klimaschutzprojekt.



Zimmer punktsetzungen in den Bereichen Energieeffizienz, Verkehr, erneuerbare Energien und Energiesysteme setzen wir wichtige Impulse für den Umwelt- und Klimaschutz.

Was wird 2010 in Sachen Klimaschutz getan?

Bures: Um die grüne Mobilität im Verkehr zu fördern, haben wir die Forschungsförderung für neue Technologien im Automotive-Sektor in den Jahren 2009 und 2010 um 50 Prozent auf 60 Millionen Euro pro Jahr erhöht. Damit wollen wir die Optimierung der konventionellen und die Entwicklung und Produktion von alternativen, schadstoffarmen Antrieben forcieren.

Insbesondere geht es hier natürlich um E-Mobilität. Eine weitere Maßnahme für umweltfreundlicheren Verkehr ist die Ökologisierung der Lkw-Maut: Die neuen Mauttarife ab Jänner 2010 schaffen einen Anreiz, alte Lkw durch schadstoffärmere zu ersetzen. Lkw mit geringem Schadstoffausstoß zahlen bis zu zehn Prozent weniger, die mit dem höchsten Schadstoffausstoß um zehn Prozent mehr.

Genannt wird im Zusammenhang mit dem Klimaschutz auch immer die Schiene ...

Bures: Die Rekordinvestitionen in die Schiene sind das derzeit größte Klimaschutzprojekt in Österreich. Die Bahn soll at-

traktiver, schneller und wettbewerbsfähiger werden. Über 30 Prozent der Güter werden in Österreich auf der Bahn befördert, der EU-Schnitt liegt bei 15 Prozent. Die ÖBB bringt jeden Monat rund 360.000 Lkw auf Schiene. Das heißt: Wir sind hier schon gut unterwegs, wollen aber noch besser werden. Ziel ist es, mit dem Ausbau der großen Achsen 40 Prozent des Güterverkehrs auf die Schiene zu verlagern. ♦

INFO

Klimaschutzmaßnahmen des BMVIT

- ▶ **Tunnelthermie:** Erstmals wird in Österreich eine Schule durch die gewonnene Tunnelenergie (Lainzer Tunnel) beheizt. Ersparnis von rund 51 Tonnen CO₂ im Vergleich zu einer Heizöl-Anlage.
- ▶ **Taurus-Loks:** Speisen beim Bremsen die Bremsenergie zurück – dadurch minus 15 Prozent Stromverbrauch.
- ▶ Durchschnittlich 1,2 Mio. Menschen fahren täglich mit der Bahn. Für die Strecke Wien-Salzburg heißt das: 44,6 kg CO₂-Einsparung pro Person.
- ▶ **Ökologisierung der LKW-Maut:** indirekte Verschrottungsprämie für Lkw. Wer einen alten Lkw ersetzt, erhält einen Gebührevorteil.

Infrastrukturministerin Doris Bures will 40 Prozent des Güterverkehrs auf die Schiene verlagern.

SPÖ Aktuell: Was hat das Infrastrukturministerium mit Klimaschutz zu tun?

Doris Bures: Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie ist ein Klimaschutzministerium: Die Bahn ist einer der umweltfreundlichsten Verkehrsträger, es werden öffentlicher Verkehr sowie Anschlussbahnen und auch die Schifffahrt gefördert. Und nicht zuletzt ist das BMVIT federführend im Forschungsbereich bei Energie- und Umwelttechnologien sowie bei umweltfreundlicher Mobilität. Hier spielt natürlich der Klima- und Energiefonds eine wichtige Rolle, für den das BMVIT gemeinsam mit dem Umweltministerium verantwortlich zeichnet. Durch gezielte Schwer-